



urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



5 Jahre Urban Forum

Europas Zukunft & Rolle des Burgenlandes Interview mit Inge Posch-Gruska, Bundesratspräsidentin	S 3
Datenschutz – Das müssen Sie wissen! Die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)	S 4
5 Jahre Urban Forum Eine Erfolgsgeschichte	S 6
Are we smart enough for Smart Cities? Gastkommentar von Markus Julian Schmid	S 10



Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Bernhard Müller, BA, MPA

ist Generalsekretär von Urban Forum.

Urban Forum: Fünf Jahre Verein, drei Jahre Institut – ein Grund zum Feiern!

Filme, aber insbesondere TV-Serien, eröffnen häufig mit der Losung „Wie alles begann“. Diese Frage werden sich auch manche Leserinnen und Leser dieser Zeilen, aber ebenso Weggefährten von Urban Forum stellen. Daher soll an dieser Stelle darauf eingegangen werden. Im Jahr 2013 bildete sich in der Geschäftsleitung (entspricht dem Präsidium) des Österreichischen Städtebundes, in der KommunalpolitikerInnen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen vertreten sind, die einhellige Meinung heraus, dass eine zusätzliche, inhaltlich fokussierte, überparteiliche Interessenvertretung für die Anliegen der heimischen Städte dringend notwendig wäre. Nicht zuletzt die damaligen Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund und den Ländern hatten deutlich gemacht, dass eine erhebliche Schiefelage zwischen realer Bedeutung der urbanen Zentren und öffentlicher Wahrnehmung, aber auch Wertschätzung bestand. „In Österreich gibt es nur die Stadt Wien, der Rest ist ländlicher Raum“ war ein nicht selten wiederkehrend verbreitetes Klischee fernab von Fakten. Denn diese sprechen eine andere Sprache: Der Verstädterungsgrad beträgt in Österreich laut Berechnungen von UN-Habitat 66 %, d. h. zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger leben in heimischen Städten

und Stadtregionen. 85 % der nationalen Wirtschaftsleistung werden dort erbracht, und 71 % der Arbeitsplätze unseres Landes befinden sich in den städtischen Ballungszentren. Laut UNO-Schätzung wird die Urbanisierungsrate Österreichs 2040 bei 75 % liegen. Da diese Zahlen und Daten, die Ausdruck der enormen Bedeutung der Städte für den Gesamtstaat sind, 2013 öffentlich, aber auch in Fachkreisen wenig thematisiert wurden, erhielt der Autor dieser Zeilen den Auftrag, ein Konzept für eine kleine, den Städtebund unterstützende, Interessenvertretung zu gestalten. Gedanklich haben die Gründungsakteure dabei das Bild entworfen, dass das große, staatstragende, in der Österreichischen Bundesverfassung verankerte Flaggschiff namens Städtebund (Baujahr 1915) ein kleines, wendiges Beiboot namens Urban Forum zur Unterstützung erhält. Fünf Jahre später kann man sagen, dass diese Symbiose für beide Seiten, aber insbesondere für die heimischen Städte und Stadtregionen überaus fruchtbringend ist. Im Herbst 2015 wurde aus dem zunächst nur ehrenamtlich geführten Verein ein kleines Institut, das aber – bei aller Bescheidenheit – auf zahlreiche hochkarätige und erfolgreiche Veranstaltungen, Publikationen sowie Kooperationen zurückblicken kann. Daher wollen wir im Herbst des heurigen Jahres kurz inne halten und dies mit unseren Mitgliedern, Partnern und Weggefährten feiern, um danke zu sagen. Danach geht der Einsatz für die urbanen Zentren Österreichs mit neuer Kraft weiter. Ad multos annos!

**Urban Forum –
eine starke Stimme für die Städte!**

Impressum: **Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung**

Chefredaktion: Mag.^a Marie Grüner | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Reyergasse 5/2, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: [JacobLund](#) / [bigstockphoto.com](#)

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen, etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

„Regionalpolitik spielt eine wichtige Rolle für das Verständnis und die Zukunft Europas!“

Inge Posch-Gruska ist seit 1. Juli 2018 Präsidentin des Österreichischen Bundesrates. Seit 2007 ist sie Bürgermeisterin von Hirm im Bezirk Mattersburg, von 2005 bis 2010 war sie Mitglied des burgenländischen Landtages und seitdem gehört sie dem Bundesrat an. Im Interview spricht Posch-Gruska über ihre neue Funktion, über die Zukunft Europas und die Rolle des Burgenlandes.

Sie hatten bereits mehrere politische Funktionen inne – wo sehen Sie Ihre Aufgabe als Bundesratspräsidentin und wo setzen Sie Ihre Schwerpunkte?

Meine großen Schwerpunkte sind ganz klar die Kinderrechte und die Vernetzung der Gemeinden. Mir war es schon immer wichtig, mich für die Kinder in unserer Gesellschaft einzusetzen, weil sie selbst oft nicht die Möglichkeit bekommen, sich für ihre Rechte stark zu machen. Österreich hat in der Kindermitbestimmung einen offensichtlichen Aufholbedarf. Denn die UN-Kinderrechtskonvention und die Österreichische Bundesverfassung besagen, dass Kinder das Recht darauf haben, dass ihre Meinung in Entscheidungen, die sie betreffen, berücksichtigt wird. Ich bin stolz darauf, dass der Österreichische Bundesrat einen der ersten Ausschüsse für Kinderrechte in Europa eingerichtet hat – das zeigt aber gleichzeitig, dass auch international noch viel zu tun ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Kommunalpolitik verläuft nicht immer friktionsfrei. Der Föderalismus steht dabei häufig in der Kritik. Fachleute fordern, die Regionalpolitik zu stärken und mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Sie kennen beide Seiten, die nationale und die kommunale, wie beurteilen Sie die derzeitige Situation im staatlichen Gesamtgefüge?

Grundsätzlich sehe ich die Aufgabe der Bundespolitik darin, Rahmen- und Qualitätskriterien vorzugeben, sozusagen Mindeststandards, an die sich die Länder und die Kommunen halten müssen. Es ist sinnvoll, wenn die konkrete Umsetzung dann der Regionalpolitik obliegt. Als Bürgermeisterin oder Gemeinderat hat man ganz einfach ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Leute aus der Region. Die Gesamtlage ist derzeit insbesondere durch die Sparmaßnahmen unruhig. Wir müssen einen Weg finden, bei dem wir niemanden auf der Strecke lassen, ansonsten wird sich die Situation vermutlich weiter aufheizen. Stichwörter sind hier die Kinderbetreuung, Beschäftigungsprojekte und auch die Debatte um Notstandshilfe und Mindestsicherung.

Die Länder unterliegen einem starken Spardruck – Gemeinden werden immer mehr Aufgaben zugewiesen, wie z. B. die Kinderbetreuung. Was kommt hinkünftig auf die Kommunen zu?

Die derzeit vorherrschende Austeritätspolitik halte ich für gefährlich da sie dazu tendiert, diejenigen, die ohnehin schon schlechter gestellt sind, noch mehr zu schwächen. Wenn an der Kinderbetreuung, an Beschäftigungsprojekten und an Sozialleistungen gespart wird, trifft das Menschen, die von ihrem Einkommen abhängig sind, also z.B. die alleinerziehende Mutter, die die Kinderbetreuung dann noch zusätzlich zahlen muss. Wenn es im Staatshaushalt an Budget mangelt, sollte dort angesetzt werden, wo ohnehin Profit entsteht – das wäre auch im Sinne einer gerechteren Verteilung. Welche nächsten Schritte unsere Bundesregierung derzeit plant, kann ich leider nicht voraussagen. Dass die Bundesregierung das Budget für die Kinderbetreuung nun doch nicht kürzt, zeigt aber, dass der Druck auch von unten kommen kann. Die Gemeinden müssen mit ihren begrenzten finanziellen Mitteln ohnehin schon vieles selbstständig abdecken.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten stehen aktuell vor großen Herausforderungen. Wie beurteilen Sie die Rolle der Regionalpolitik für die Zukunft Europas, insbesondere vor dem Hintergrund derzeitiger Entwicklungen wie dem Brexit?

Die Überraschung über den Brexit hat gezeigt, dass die Wahrnehmung der Europäischen Union zwischen der politischen Elite und den Bürgerinnen und Bürgern weit auseinanderdriftet. Als überzeugte Bundesrätin bin ich der Meinung, dass die Regionalpolitik, eine besonders wichtige Rolle für das Verständnis und damit auch die Zukunft Europas spielt. Hier befindet sich immerhin die Schnittstelle zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und

Bürgern. Dem Ausschuss der Regionen, der wichtig ist, um die Position der Kommunen und Regionen in die Entscheidungen der EU einfließen zu lassen, sollte daher mehr Bedeutung zukommen. Natürlich liegt es aber auch in unserer Verantwortung als Politikerinnen und Politiker vor Ort europäische Entscheidungen transparent in die Regionen zu tragen. Eine starke Europäische Säule der sozialen Rechte, die Mindeststandards vorgibt, würde außerdem mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger der EU schaffen. Damit würde automatisch eine Veränderung im Grundverständnis für die EU bewirkt werden.

Abschließend: Was wünschen Sie sich persönlich für die Zukunft?

Für die Zukunft wünsche ich mir ein soziales, demokratisches Europa, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ich wünsche mir eine Europäische Union, die als Friedensprojekt über Grenzen hinweg agiert und die sich die soziale Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zum Ziel setzt. Ein besonderes Anliegen ist es, mir dabei die Kinderrechte in der Europäischen Union zu stärken. Mit meinem Projekt zur Kindermitbestimmung in Österreich auf kommunaler Ebene möchte ich einen kleinen Teil dazu beitragen, die Menschen zum Diskutieren anzuregen und den Gemeinden Best Practice Beispiele der Kindermitbestimmung aus anderen Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Nähere Infos und die Online-Diskussion gibt es unter www.kinderundjugendrechte.at.

Vielen Dank für das Gespräch!



Inge Posch-Gruska
Bundesratspräsidentin

10 Fragen zum Thema Datenschutz – Das müssen Sie wissen!

Die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gilt seit dem 25. Mai 2018 in allen EU-Mitgliedsstaaten. Die Umsetzung stellt Kommunen, Unternehmen, aber auch Privatpersonen vor neue Herausforderungen. Zehn wichtige Fragen und Antworten rund um das Thema Datenschutz:



1. Was ist die DSGVO?

Am 25. Mai 2018 trat die neue Datenschutzverordnung in Kraft. Ziel war es, die Regeln für die Verarbeitung personenbezogener Daten, Rechte der Betroffenen und die Pflichten der Verantwortlichen EU-weit zu vereinheitlichen. Konkret heißt das: Das Speichern, Verarbeiten und Übermitteln von Daten wird zukünftig stärker kontrolliert bzw. geschützt.

2. Wer ist davon betroffen?

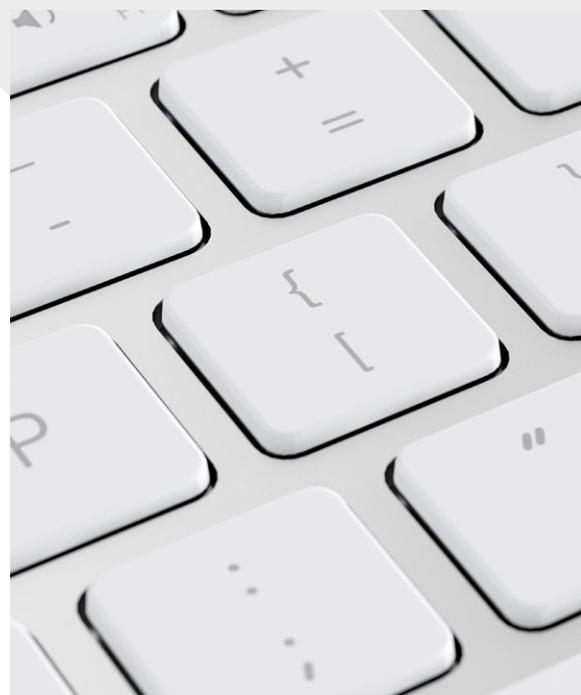
Alle Behörden, Unternehmen, Vereine oder Kleinfirmen, die in irgendeiner Art und Weise mit personenbezogenen Daten arbeiten. Achtung: Die DSGVO gilt auch für Datenverarbeiter außerhalb der EU, wenn sie Waren oder Dienstleistungen für EU-Bürger anbieten.

3. Was sind personenbezogene Daten?

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierbare oder identifizierte Person beziehen. Diese beinhalten: Name, Geburtsdatum, Geschlecht und weitere Kontaktdaten, aber auch besonders schützenswerte „sensible“ Daten, wie Religionszugehörigkeit, politische Einstellung, sexuelle Orientierung, Gesundheitsdaten etc.

4. Zählen dazu auch die Kontaktdaten von Geschäftspartnern wie z. B. Handynummer oder E-Mail-Adresse?

Ja! Diese dürfen nun nicht mehr ohne Einverständnis an Dritte weitergegeben werden. Die Weitergabe personenbezogener Daten darf nur nach einer ausdrücklichen Zustimmung erfolgen.



5. Ab wann zählen Bilder und Filme zu diesen Daten?

Sofern die Person erkennbar ist, sind es personenbezogene Daten.

6. Was wird sich verändern?

In Wahrheit ändert sich durch die neue Gesetzeslage kaum etwas. Die DSGVO trat bereits 2016 in Kraft – wirksam wurde sie nunmehr 2018. Der Schutz personenbezogener Daten, die sichere Verwahrung und das Verbot der Weitergabe bestanden schon zuvor. Lediglich der Strafraum hat sich erhöht. Als Privatperson ändert sich kaum etwas; private Datenanwendungen sind explizit ausgenommen. Behörden und öffentliche Stellen müssen jedoch verpflichtend einen Datenschutzbeauftragten bestellen. Dieser kontrolliert und überwacht die ordnungsgemäße Behandlung der Daten innerhalb der Stadt und muss berufliche Qualifikation und Fachwissen im Datenschutzbereich mitbringen.

7. Welche Rechte habe ich als Privatperson?

Wenn man wissen möchte, welche Daten über einen gespeichert sind, dann müssen das Unternehmen oder die Gemeinde darüber Auskunft geben. Zudem besteht das Recht auf Löschung der gesammelten Informationen. Mit der neuen Verordnung kommt zudem dazu, die Datenverarbeitung einzuschränken. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt jedoch nicht gegenüber „Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgen.“

8. Welche rechtlichen Folgen sind bei Verstößen zu befürchten?

Unzulässige Datenverarbeitung wird zukünftig gravierender geahndet als bisher. Der Strafraum beläuft sich auf bis zu 20 Mio. € oder bis zu 4 % des Weltkonzernumsatzes. Ob Strafen gegen Behörden und öffentliche Stellen verhängt werden, überlässt die DSGVO den jeweiligen Mitgliedsstaaten. Österreich hat explizit Behörden und öffentliche Stellen von der Verhängung von Geldbußen ausgenommen.

9. Wer kontrolliert die Einhaltung der DSGVO?

Treten in irgendeiner Art und Weise Probleme auf, kann sich ein Unternehmen, ein Verein oder auch eine Privatperson an die Datenschutzbehörde wenden. Diese hat dem betroffenen Beschwerdeführer innerhalb von drei Monaten ab Einbringung der Beschwerde über den Stand und das Ergebnis der Ermittlungen zu unterrichten.

10. Wo kann ich mich weiter informieren?

Die Datenschutzbehörde ist für die Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzgesetzes zuständig und die Nachfolgeeinrichtung der Datenschutzkommission.

<https://www.dsb.gv.at/home>



Mag.ª Marie Grüner
ist stellvertretende Generalsekretärin
und Büroleiterin von Urban Forum.



5 JAHRE URBAN FORUM

Eine Erfolgsgeschichte

Anlässlich des 5-jährigen Bestehens des Vereins ist es an der Zeit, danke zu sagen und ein Resümee zu ziehen. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, Partnern, Sponsoren, Unterstützern und Weggefährten. Ohne engagierte Einzel- und Fördermitglieder könnte der auf gemeinnützige Arbeit für die österreichischen Städte ausgerichtete Verein Urban Forum nicht existieren.

Urban Forum – eine starke Stimme für die Städte!

HERAUSGABE
VON BROSCHÜREN,
FOLDERN, ARTIKELN
UND FACHBEITRÄGEN
RUND UM DEN
THEMENKOMPLEX
STADT

33

Förder- und
Premiummitglieder
sowie zahlreiche
Partnerinstitutionen

2015:

Urban Forum
a.o. Mitglied des
Österreichischen
Städtebundes

2013

Ausrichtung
der Projektreihen:

„**zukunft_findet_stadt**“
& „**Stadt der Zukunft**
– **Stadt für
Menschen**“

2015:

**Etablierung als
Institut mit Büro-
adressen in Wien
und Wiener
Neustadt**

*Teilnahme und
Ausrichtung unzähliger
Konferenzen,
Fachveranstaltungen
und Präsentationen*

5 JAHRE URBAN FORUM

Knapp
600
Bücher
in der Urban Forum
Präsenzbibliothek

2017:
**Etablierung der
vierteljährlichen
Publikation „Urban
Forum – Die Zeitschrift
für den Lebensraum
Stadt“**

*Kooperationen mit
3 Fachhochschulen,
1 Institut
sowie zahlreichen
Bildungsein-
richtungen*

**Inter-
nationale
Kontaktpflege
und Vernet-
zung**

2018

**5 eigene
Buchpublikationen**
*sowie Beiträge in
zahlreichen Sammelbänden
und Fachzeitschriften*

2017:
**Umbenennung des Vereins in
Urban Forum**
Egon Matzner-Institut für
Stadtforschung
(vorher Institut für
Kommunalwissenschaften)

2018:
Gründung
des Verlags
Urban Future
Edition



Buchpräsentation

Stadt der Zukunft – Stadt für Menschen

Michael Häupl im Gespräch

Donnerstag, 27. September, 18.30 Uhr

Marx Palast

Maria Jacobi-Gasse 2, 1030 Wien
(Eingang Marx Restauration)

Wie muss die Stadt der Zukunft aussehen, damit sie unabhängig von der Sinnhaftigkeit von Digitalisierung, Automatisierung und smarten Lösungen stets eine Stadt für Menschen bleibt? Dieser und anderen maßgeblichen Fragen wollen wir in einem moderierten Gespräch mit dem langjährigen Wiener Bürgermeister und Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, Michael Häupl, nachgehen.



Dr. Michael Häupl

Ehemaliger Bürgermeister von Wien
und Präsident des WWTF



Wie kann Digitalisierung der Geschichte den Weg ins 21. Jahrhundert bahnen?

Durch umfassende Unterstützung von EY kann die öffentliche Hand die Vergangenheit digital aufbereiten, schützen und für die Zukunft erlebbar machen.
www.ey.com/at #BetterQuestions



 The better the question. The better the answer. The better the world works.



Veranstaltung

Aktiv – Mobil – Urban. Perspektiven für eine gesunde Zukunft.

Veranstaltungsreihe:
Stadt der Zukunft – Stadt für Menschen

Montag, 22. Oktober, 15-17 Uhr

Architekturzentrum Wien – Podium
(Museumsquartier Wien),
Museumsplatz 1, 1070 Wien

Gesundheit und Mobilität sind nicht nur eng miteinander verbunden, sondern bedeuten im urbanen Kontext auch vielversprechende Ansatzpunkte und Möglichkeiten, um aktuellen Herausforderungen im städtischen Umfeld zu begegnen. Durch eine Förderung von aktiven Mobilitätsformen wie zum Beispiel Radfahren oder Zuzußgehen können die Gesundheit der Bewohner/innen, eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs sowie eine Reduktion von Emissionen unterstützt werden. Der Lokalverwaltung kommt darin eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht, eine Umwelt zu gestalten, die ausreichend Gelegenheit zu Bewegung und einem aktiven Lebensstil bietet.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Stadt der Zukunft – Stadt für Menschen“ laden das Urban Forum, der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Fonds Gesundes Österreich ein, gemeinsam mit Expertinnen und Experten zum Thema „Aktiv - Mobil - Urban. Perspektiven für eine gesunde Zukunft.“ zu diskutieren.

Zwei Kurzinputs ermöglichen einen inhaltlichen Themenaufriß. Einerseits soll ein kompakter Überblick über Argumente, Motive und Möglichkeiten für eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit zur Förderung Aktiver Mobilität aufgezeigt werden, andererseits sollen Beispiele guter Praxis zur Unterstützung Aktiver Mobilität in Städten und Gemeinden präsentiert werden. Danach erfolgt in gemeinsamer Diskussion mit dem Podium ein Diskurs über Ansätze und Möglichkeiten zur Gestaltung und Förderung von Aktiver Mobilität auf kommunaler Ebene.

Zeitplan

15.00 Begrüßung und Eröffnung

Dr. Josef Probst, Generaldirektor, Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger
Dr. Klaus Ropin, Leiter Fonds Gesundes Österreich
Bernhard Müller, BA, MPA, Generalsekretär, Urban Forum

15.15 Aktive Mobilität lebendig gestalten - Argumente für eine intersektorale Zusammenarbeit

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Irene Bittner, Universität für Bodenkultur, Institut für Landschaftsplanung

15.45 Beispiele guter Praxis für Aktive Mobilität in Städten und Gemeinden

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sandra Wegener, Universität für Bodenkultur, Institut für Verkehrswesen

16.15 Podiumsdiskussion

Mag. Stefan Spitzbart, MPH, Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger
Mag. Gernot Antes, MPH, Netzwerk Gesunde Städte Österreichs
Dr.ⁱⁿ Verena Zeuschner, Fonds Gesundes Österreich

Moderation: Mag.^a Marie Grüner, Urban Forum



Hauptverband der
österreichischen
Sozialversicherungsträger



Fonds Gesundes
Österreich

Anmeldungen bitte bis spätestens 15. Oktober an office@urbanforum.at

Are we smart enough for Smart Cities? Eine kritische Betrachtung



Die Technik überholt uns. So scheint es zumindest, wenn man die Summe an Geräten genauer betrachtet, die wir so nonchalant in unser Leben integriert haben. Nein, ich möchte unter keinen Umständen den Eindruck machen, rückständig zu erscheinen, doch stellen Sie sich bitte selbst folgende Prüffragen:

Wissen Sie, wie Ihr WLAN-Access Point und sein „dynamic routing“ - Procedere funktionieren? Oder welcher KERNEL verwendet wird, um Ihr Smart Phone am Laufen zu halten? Oder wussten Sie, dass der gesamte Datatraffic weltweit 2017 ungefähr 121,7 Exabytes ausmachte? (Exabyte = 10^{18} , Gigabyte = 10^9) und gemäß Prognose soll sich der Traffic bis 2021 verdoppeln. (<https://www.statista.com/statistics/499431/global-ip-data-traffic-forecast/>). Vermutlich kann nur ein kleiner Anteil der LeserInnen diese Fragen beantworten.

Dennoch laufen diese Prozesse im Hintergrund, ob Sie wollen oder nicht. Ich möchte damit sagen, dass viele von uns Technologien nutzen, die wir nicht vollständig oder ansatzweise verstehen. Dieser Unwissenheitsfaktor führt unter anderem dazu, unsere „smarten“ Geräte nicht ausreichend zu sichern und sie damit zum Spielplatz für IT-affine Schädiger, gerne auch Hacker genannt, zu machen.

Stellen Sie sich vor, Sie könnten die Rechenkraft von allen Ihren Smart-Geräten, wie zum Beispiel Ihres Smart TV-Geräts, Ihres Smart Tablets, Ihres Smart Phones, Ihrer smarten Alexa oder sogar Ihrer smarten Waschmaschine nutzen, um Berechnungen auszuführen. Die

se Rechenkraft alleine wäre noch nicht sehr beängstigend. Doch wie würde es aussehen, wenn Sie nun auch die Rechenkraft jedes Nutzers dazuzählen würden, den Sie bereits einmal eine E-Mail oder eine Whatsapp-Nachricht geschrieben haben, denn auch diese sind Teil des Netzwerks, das wir Internet nennen. Und jetzt stellen Sie sich vor, nicht Sie hätten das gemacht, sondern eine „App“, also eine Applikation, die diese Operationen ohne Ihr Wissen durchführt. Eine Berechnung dieses nun massiven Rechnerverbands könnte lauten: „Suche mir aus allen Chatverläufen, Cookies und E-Mail-Protokollen alles raus, was wie ein Username einer BankApp aussieht, gehe auf die Internetseite der Bank und probiere nun jede erdenkliche Kombination von Buchstaben und Zahlen, nach einem bestimmten Muster mit einem Wörterbuch der deutschen Sprache hinterlegt aus. Probiere zuerst die drei Lieblingspasswörter: Passwort, 123456, qwertz. Wenn du Erfolg hast, schick mir das Ergebnis, ansonsten mache weiter.“ (Diese fiktive Variante ist eine Mischung aus Schaffung eines Bot-Netztes und eines „BruteForce“ – Angriffes [rohe Gewalt] in Verbindung mit einer „Dictionary Attack“.)

Als LeserIn kann ich Sie vorerst beruhigen, um das zu tun, muss es den Schädigern zuerst gelingen, eine Vielzahl an vordefinierten Sicherheitsmechanismen zu durchbrechen oder zu umgehen. Es ist wichtig zu verstehen, dass es nicht explizit unmöglich ist, einen Angriff dieser Art durchzuführen. Er ist lediglich langwie-

rig und bedarf einer gezielten Vorbereitung vor der uns auch die neu erlassene DSGVO nicht schützen können wird. Vergessen Sie bitte nicht, dass mit der DSGVO die Gesetzestexte kontrolliert werden und nicht jene Personengruppe, die diesem System schon lange entsagt hat.

Stellen Sie sich nun bitte vor, Sie könnten die Rechenkraft einer ganzen Stadt, also einer Smart City, nutzen. Es ist nun Ihrer Fantasie überlassen, welche Macht sie ausüben könnten.

Fazit: Wenn wir uns nicht mit den Fähigkeiten der Technik unserer Zeit beschäftigen, wird die Resilienz unserer smarten Umgebung nicht ausreichen, um Angriffe abzuwehren, die uns tagtäglich betreffen. Wir leben in Zeiten eines sicherheitspolitischen Wandels und für alle, die es jetzt noch nicht verstanden haben oder verstehen wollen: Der Kampf im Cyberspace ist real und findet jeden Tag statt. Es liegt an uns, ob wir darauf vorbereitet sein wollen oder nicht.



Markus Julian Schmid, BA

ist Stabsgruppenleiter im Rang eines Hauptmanns für den Bereich IT & Informationsmanagement beim Panzergrenadierbataillon 35 in Großmittel.

WIR BRINGEN SIE DURCH DEN WINTER.



**CHRISTIAN KOPF
GMBH**

GARTENSERVICE

WINTERDIENST

FEUERHOLZ

servicearbeiten.at

2452 MANNERSDORF
HAUPTSTRASSE 19
1030 WIEN
UNTERE VIADUKTGASSE 10/4



c.kopf@servicearbeiten.at



+43 2168 62217



Stadt der Zukunft – Stadt für Menschen

Herausgegeben von:

Bernhard Müller
Thomas Weninger

Mit Beiträgen von:

Benjamin Barber, Wilfried Berchtold, Peter Bivald, Jens Dangschat, Heinz Fischer, Christian Glantschnigg, Hans Peter Graner, Marie Grüner, Evelyn Hacker, Sonja Hammerschmid, Wolfgang Hesoun, Wolfgang Katzian, Friedrich Klug, Konrad Paul Liessmann, Klaus Luger, Ulrich Maly, Viktor Mayer-Schönberger, Corinna Mayerl, Bernhard Müller, Günter Ogris, Christine Opitz-Plörer, Stephan Rammler, Heidi Schrodt, Renée Schröder, Jeremy Smith, Wolfgang Spiess-Knabl, Michael Stampfer, Oliver Stauber und Thomas Weninger.

Kontakt: office@urbanforum.at

Föderalismus

Herausgegeben von:

Friedrich Klug
Bernhard Müller

Mit Beiträgen von:

Nikolaus Drimmel, Brigitte Ederer,
Friedrich Klug, Klaus Luger,
Bernhard Müller, Michael Schickhofer u.a.,
Josef Urschitz und Detlef Wimmer

Kontakt: office@urbanforum.at

